

# **Der Einfluss des Internets auf individuelles politisches Handeln: Ergebnisse eines sozialwissenschaftlichen Forschungsprojekts**

Martin Emmer, Gerhard Vowe

Institut für Medien- und Kommunikationswissenschaft  
Technische Universität Ilmenau  
PF 100565 / 98684 Ilmenau  
martin.emmer@tu-ilmenau.de  
gerhard.vowe@tu-ilmenau.de

**Abstract:** Der Beitrag untersucht den Einfluss der zunehmenden Verbreitung von Internet-Zugängen auf politische Kommunikation und Partizipation. Ausgangspunkt ist die in der Literatur häufig geäußerte Vermutung, das Internet könne – wie dies auch bei anderen Medien z.T. nachgewiesen werden konnte – einen mobilisierenden Effekt haben. Die Ergebnisse zeigen, dass dies insbesondere dort tatsächlich der Fall ist, wo Menschen für politische Kommunikation auf intensiv genutzte und vertraute Online-Kommunikationskanäle zugreifen können (z.B. E-Mail). Aufwändigere Aktivitäten, wie z.B. das Unterhalten einer eigenen politischen Website, spielen dagegen praktisch keine Rolle.

## **1 Fragestellung**

Das Internet wird mittlerweile von etwa der Hälfte aller Bundesbürger genutzt [EGF 02]; selbstverständlich auch für politische Zwecke – zu berücksichtigen sind dabei die Information über Politik (via WWW), die interpersonale Kommunikation über politische Themen (via Chats und E-Mail) und politische Partizipationsaktivitäten im engeren Sinne (Teilnahme an Unterschriftensammlungen etc.). In der Fachliteratur finden sich zahlreiche Arbeiten, die dem Internet starke politische Wirkungen unterstellen; dabei wird vor allem diskutiert, ob das Internet die Möglichkeiten demokratischer Öffentlichkeit erweitern kann [LB 01].

Ob, und wenn ja, in welchem Maße und in welcher Form die zunehmende Verbreitung von Internet-Zugängen die politische Kommunikation nachweislich verändert, ist empirisch aber erst in Ansätzen ermittelt worden. Deshalb sind nach wie vor folgende Fragen nicht überzeugend beantwortet:

- Bewirkt das Internet Veränderungen in der politischen Kommunikation von Bürgern?
- Wenn ja, wie können die Veränderungen in der politischen Kommunikation erklärt werden?

## 2 Theoretische Grundlage der Untersuchung

Um die erste Frage, die einen Wirkungszusammenhang formuliert, beantworten zu können, wird das Verhältnis von Internet und politischen Aktivitäten in folgender Weise modelliert: Als unabhängige Variable wird das Vorhandensein eines Internet-Zugangs betrachtet. Als abhängige Variable dient Art und Umfang der politischen Kommunikation der Akteure (in diesem Falle: der individuellen Bürger) – in verschiedenen kommunikativen Formen (s.o.).

Der zweite Schritt der Untersuchung, der einen möglichen Wirkungszusammenhang von Internetzugang und politischer Kommunikation erklären soll, basiert auf einem Rational-Choice-Ansatz: Dabei wird derjenige Ausschnitt aus dem komplexen Gefüge der Kommunikationsprozesse betrachtet, der auf einer Mikroebene als individuelle Entscheidung modelliert werden kann [Br99], [Es96], [Jä96]. Kommunikationsprozesse werden als *Entscheidungssituationen* gesehen, in denen Akteure zwischen kommunikativen Möglichkeiten auswählen. Das Repertoire kommunikativer Handlungsmöglichkeiten ist begrenzt durch die jeweils gegebenen *Restriktionen* (vor allem Technik, Zeit, Geld und soziale Normen). Der Internet-Zugang wird dementsprechend als Erweiterung der individuellen kommunikativen Möglichkeiten (*Restriktionen*) gesehen, die die Entscheidungen der jeweiligen Akteure auch im Hinblick auf politische Kommunikation beeinflusst. *Akteure* wählen aufgrund ihrer jeweiligen stabilen *Präferenzen* aus den zur Verfügung stehenden Alternativen in einer Entscheidungssituation diejenigen aus, deren Konsequenzen unter Berücksichtigung der Realisierungschancen das aus ihrer Sicht relativ günstigste Verhältnis von Kosten und Nutzen aufweisen. Es wird im Modell also Rationalität des kommunikativen Handelns unterstellt.

## 3 Untersuchungsdesign

Der Nachweis eines Wirkungszusammenhangs zwischen Internetnutzung und politischen Aktivitäten kann letztlich nur mit einer Längsschnittuntersuchung im Panel-Design erbracht werden. Dafür bietet der gegenwärtige Stand der Internetdiffusion optimale Bedingungen, da sich die Bevölkerung im Augenblick zu etwa 50 % auf Nutzer und Nichtnutzer des Internets verteilt und beide Gruppen mittlerweile deutlich weniger soziodemographischen Verzerrungen unterliegen, als dies noch vor wenigen Jahren der Fall war [EGF02].

So wurde eine repräsentative Panel-Befragung von ca. 1.000 Personen ab 16 Jahren konzipiert, die in mehreren Wellen seit Januar 2001 durchgeführt wurde. Die Anlage der Untersuchung folgt einem quasi-experimentellen Design: Ein Teil der in der ersten Welle befragten Nicht-Internet-Nutzer hat mittlerweile einen Internet-Zugang bekommen und dient damit als sog. "Treatment-Gruppe". An dieser Gruppe können – im Vergleich zu den Kontrollgruppen, bei denen sich keine Veränderung im Internet-Zugang gezeigt hat – die Wirkungshypothesen überprüft werden.

## 4 Ergebnisse

In einer ersten regional begrenzten Auswertung der Daten hat sich ergeben, dass das Internet zumindest teilweise als Mittel zur politischen Kommunikation von den Bürgern akzeptiert wird. Eine Reihe von Unterschieden in den politischen Kommunikationsaktivitäten zwischen Internetnutzern und Nicht-Nutzern konnte dabei nachweislich auf den Internetzugang zurückgeführt werden [EV02]. Die Ergebnisse zeigen, dass das Internet in ganz bestimmten Kommunikationsbereichen tatsächlich mobilisierende Impulse setzen kann: Es sind vor allem die generell intensiv genutzten interpersonalen Kommunikationsformen (E-Mail und Chat), die besonders stark auch für politische Kommunikation genutzt werden, etwa in Online-Kontakten zu Medien via E-Mail oder Gästebuch. Ebenso spielt auch die Informationsnutzung eine große Rolle. Im Gegensatz dazu lässt sich die im engeren Sinne partizipatorische Kommunikation – etwa das Unterhalten einer eigenen Website mit politischem Inhalt oder die Teilnahme an Online-Petitionen – auch im Vergleich zu den „offline-Aktivitäten“ (z.B. Beteiligung an Unterschriftensammlungen) kaum nachweisen.

Die Frage nach der Erklärung dieses Verhaltens lässt sich noch nicht abschließend beantworten. Die Analyse der individuellen politischen Kommunikation mit Hilfe von ökonomischen Variablen zeigt zwar, dass verschiedene Kostenvariablen tatsächlich einen Einfluss auf Verhaltensänderungen haben, bestimmte Phänomene, etwa die gleichzeitige Zunahme auch herkömmlicher Aktivitäten neben den neuen Online-Kommunikationsformen, lassen aber noch Fragen offen. Hier sind bereits weitere Untersuchungen geplant, die mit detaillierteren Instrumenten weitere Erkenntnisse zu den Mechanismen der Aneignung des Internets für politische Kommunikation liefern sollen.

## Literaturverzeichnis

- [EGF02] Eimeren, B.v.; Gerhard, H.; Frees, B.: ARD-ZDF-Online-Studie 2002: Entwicklung der Online-Nutzung in Deutschland: mehr Routine, weniger Entdeckerfreude. In: *Media Perspektiven* (8), 2002; S. 364-362.
- [LB01] Leggewie, C.; Bieber, C.: Interaktive Demokratie: Politische Online-Kommunikation und digitale Politikprozesse. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B41-42), 2001; S. 37-45.
- [EV02] Emmer, M.; Vowe, G.: Elektronische Agora? Digitale Spaltung? Der Einfluß des Internet-Zugangs auf politische Aktivitäten der Bürger. In (Baum, A.; Schmidt, S.J., Hrsg.): *Fakten und Fiktionen. Über den Umgang mit Medienwirklichkeiten*. Konstanz, UVK, 2002; S. 419-432.
- [Br99] Braun, D.: *Theorien rationalen Handelns in der Politikwissenschaft*. Opladen, Leske + Budrich, 1999.
- [Es96] Esser, Hartmut: *Soziologie: Allgemeine Grundlagen*. 2. Aufl. Frankfurt am Main, Campus, 1996.
- [Jä96] Jäckel, M.: *Wahlfreiheit in der Fernsehnutzung: Eine soziologische Analyse zur Individualisierung der Massenkommunikation*. Opladen, Westdeutscher Verlag, 1996.